

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Kaufmann, Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/10394 –**

### **Fachkräfteinitiative für die Fusionsforschung**

#### **A. Problem**

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass Deutschland bei der Entwicklung der Kernfusionstechnologie stellenweise noch zu den führenden Forschungsnationen gehöre. Wolle man diesen Vorsprung erhalten, müsse dieser ausreichend gesichert und verteidigt werden. Das größte Problem stelle hierbei neben den finanziellen Mitteln der Mangel an qualifiziertem Personal dar. Dies hänge auch damit zusammen, dass durch den Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie und der Förderung der sie begleitenden Forschung und Wissenschaft, die auch für die Fusions-technologie gebraucht werde, viele Fachkräfte aus Deutschland abgewandert seien. Dazu komme außerdem, dass in Deutschland zu wenig ausgebildet werde.

#### **B. Lösung**

Es brauche in Deutschland eine ausreichende Anzahl an Spezialisten, die in den für die Entwicklung von Kernfusionsreaktoren relevanten Forschungsgebieten ausgebildet sind. Hierfür müsse man attraktive Arbeitsbedingungen schaffen, damit das Wissen und Können der Spezialisten auch in den Dienste der deutschen Forschung gestellt werden könne. Die Bundesregierung müsse proaktiv tätig werden, statt nur darauf zu setzen, Fachpersonal aus anderen Ländern zu rekrutieren.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

#### **C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/10394 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2024

## **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Kai Gehring**  
Vorsitzender

**Holger Mann**  
Berichtersteller

**Thomas Jarzombek**  
Berichtersteller

**Laura Kraft**  
Berichterstellerin

**Dr. Stephan Seiter**  
Berichtersteller

**Dr. Michael Kaufmann**  
Berichtersteller

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstellerin

**Ali Al-Dailami**  
Berichtersteller

**Bericht der Abgeordneten Holger Mann, Thomas Jarzombek, Laura Kraft, Dr. Stephan Seiter, Dr. Michael Kaufmann, Dr. Petra Sitte und Ali Al-Dailami****I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/10394** in seiner 154. Sitzung am 22. Februar 2024 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung überwiesen.

**II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Aufgrund des politisch gewollten Ausstiegs Deutschlands aus der Kernenergie und der Förderung der sie begleitenden Forschung und Wissenschaft, seien viele Fachkräfte aus Deutschland abgewandert. Damit Deutschland weiterhin Teil der führenden Nationen in der Kernfusionstechnologie sein könne, müsse man für eine ausreichende Anzahl an qualifiziertem Personal sorgen. Neben der Bereitstellung von finanziellen Mitteln, müsse man auch für attraktive Arbeitsbedingungen sorgen. Zudem sei es erforderlich, die Forschung zur Kernenergie nach dem Austritt Deutschlands wieder vermehrt zu stärken.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern,

1. unter Einbeziehung der Expertengruppe Kernfusion beim BMBF, des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik, des Forschungszentrums Jülich und des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), sowie Vertretern der relevanten Start-Ups zu evaluieren, welchen Bedarf Deutschland in den kommenden zwei Dekaden an Spezialisten aus allen für die Kernfusion relevanten Fachbereichen haben werde (Plasmaphysik, Materialforschung etc.);
2. auf Grundlage dieser Bedarfsanalyse die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:
  - a. in Zusammenarbeit mit den Ländern darauf hinzuwirken, eine ausreichende Anzahl hochrangig besetzter Lehrstühle in den relevanten Forschungsfeldern einzurichten;
  - b. an den Hochschulen des Bundes, insbesondere der in der Materialforschung bereits führenden HSU Hamburg, und am maßgeblich durch den Bund finanzierten Karlsruher Institut für Technologie (KIT) eigenständig Lehrstühle und Studiengänge einzurichten, die dem in der Nummer 1 genannten Evaluierung ermittelten Bedarf entsprechen werden. Diese Lehrstühle seien formell und materiell so auszustatten, dass sie auch für weltweit führende Spezialisten attraktiv werden. Die Alexander-von-Humboldt-Professuren bieten hier beispielsweise eine geeignete Grundlage;
  - c. in Zusammenarbeit mit den Ländern im Rahmen des Schulunterrichts und der anschließenden Berufs- und Studienberatung eine Initiative zu starten, junge, an MINT-Berufen interessierte Menschen an die einschlägigen Studiengänge heranzuführen und für die Möglichkeiten der Fusionsforschung und der sie begleitenden Forschungsgebiete gezielt zu begeistern;
  - d. im Ausland gezielt um Studienanfänger in den relevanten Forschungsgebieten zu werben und diese mit attraktiven Stipendien auszustatten, die daran gebunden sind, dass die so geförderten Studenten nach Abschluss ihrer Studien wenigstens fünf Jahre in deutschen Forschungseinrichtungen tätig werden;
3. um die Fachkräftelücke auf diesem Gebiet bereits zu schließen, ehe die hier skizzierte Ausbildungsinitiative Früchte tragen könne, unverzüglich damit zu beginnen, internationale Spitzenforscher der relevanten Forschungsgebiete gezielt anzuwerben
4. Forschungsprojekte im Zusammenhang mit der Kernfusion grundsätzlich vom Besserstellungsverbot zu befreien und auch die bisherige Regelung, dass Gehaltsbestandteile, die über den Tarif des öffentlichen Dienstes hinausgehen, aus Eigenmitteln der Forschungseinrichtungen getragen werden müssen, für diese Forschungsbe-reiche aufzuheben.

### III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

#### 1. Anhörung

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat zur Vorlage in seiner 79. Sitzung am 3. Juli 2024 eine öffentliche Anhörung zu der Drucksache 20/10394 durchgeführt. An dieser Anhörung haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Sara Castegini, Global Policy Lead – Commonwealth Fusion Systems

Heike Freund, Mitglied des Gründungsvorstandes von Pro Fusion

Prof. Dr. Constantin Häfner, Fraunhofer-Institut für Lasertechnik ILT

Prof. Dr. Christian Linsmeier, Institut für Energie- und Klimaforschung – Plasmaphysik, Forschungszentrum Jülich GmbH

Prof. Dr. Robert Wolf, Max-Planck-Institut für Plasmaphysik

Hannes Vogel, Proxima Fusion

Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 79. Sitzung am 3. Juli 2024 verwiesen.

#### 2. Ausschussberatung

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat zur Vorlage in seiner 78. Sitzung am 26. Juni 2024 die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. Nach Durchführung der Anhörung am 3. Juli 2024 hat der Ausschuss die Beratung in seiner 82. Sitzung am 25. September abgeschlossen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CSU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **AfD-Fraktion** stellt fest, dass bei der Fusionsforschung auch der Fachkräftebedarf eine Rolle spiele. Wer es schaffe den ersten serienreifen Reaktor zu entwickeln, könne wissenschaftliche Erfolge und enorme Gewinne erzielen. Damit sei auch der Wettlauf um die besten Talente bereits im Gange. Sie merkt an, dass Deutschland mit dem Stellarator Wendelstein 7-X im Greifswald, der Beteiligung am ITER-Projekt (International Thermonuclear Experimental Reactor) und dem Unternehmen Marvel Fusion noch zu den führenden Nationen in der Fusionsforschung zähle. Aufgrund besserer Forschungsbedingungen, einem klareren Rechtsrahmen und mehr Fachkräften vor Ort, habe das Unternehmen Marvel Fusion jedoch entschieden, seine Pilotanlage in den USA zu bauen. Der Ausstiegs Deutschlands aus der Kerntechnik und die immer weniger werdenden Ausbildungsangebote, haben dazu geführt, dass Deutschland den dringend benötigten Nachwuchs nicht bekommen könne. Die AfD-Fraktion bezweifelt, dass man dieses Problem aufgrund der internationalen Konkurrenz allein mit Fachkräften aus dem Ausland lösen könne. Wolle Deutschland seine Spitzenposition in der Fusionsforschung halten, benötige es dringend eine neue, gut ausgebildete Generation an Fachkräften. Hiervon können auch andere Bereiche, wie die Materialforschung und die Verfahrenstechnik profitieren.

Die AfD-Fraktion spricht sich dafür aus, die Rahmenbedingungen der Forschung an der Fusion attraktiver zu gestalten und vorübergehend verstärkt Spitzenkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Es gehe um die Zukunft der Fusionsforschung in Deutschland und die wirtschaftliche Teilhabe Deutschlands an der Fusionstechnologie und nicht um politische Vorbehalte.

Die **SPD-Fraktion** kritisiert, dass Deutschland sich zwar für den Atomausstieg entschieden habe, jedoch nicht für den Ausstieg aus der Forschung zur Atomenergie. An vielen Einrichtungen, an denen sich Deutschland beteilige, wie CERN (Europäische Organisation für Kernforschung), DESY (Deutsche Elektronen-Synchrotron), der Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz in Garching oder Wendelstein 7-X, nutze man bereits das Fachkräftepotenzial, welches an den deutschen Hochschulen ausgebildet werde. Die Kompetenzen der Fachkräfte, die die AfD-Fraktion in ihrem Antrag beschreibe, bilde man auch in der Physik aus, in der es laut Hochschulkompass mehr als 800 Studiengänge gebe. Sie merkt an, dass man die Grundlagenforschung und den Fachkräftebedarf durch die Ausbildungen an den Hochschulen entgegen den Aussagen der AfD-Fraktion damit wei-

terhin unterstütze. Dafür brauche es jedoch auch interessierte junge Leute, die man für diesen Forschungsbereich begeistern müsse.

Weiter kritisiert die SPD-Fraktion, dass der Bund aufgrund der Länderhoheit nicht die Kompetenz dafür habe, Studiengänge zu entwerfen. Zudem erinnere die politische Steuerung von Fachkräften an fehlgeschlagene DDR-Zeiten. Auch sei es schwierig, den Fachkräftebedarf für 20 Jahre zu prognostizieren. Zusammenfassend müsse der Antrag deshalb abgelehnt werden.

Die **CDU/CSU-Fraktion** erläutert, dass der Antrag eine gute Gelegenheit sei, über Spitzenkräfte in der Wissenschaft zu reden. Bei Gesprächen über die verschiedenen Chipfabriken in Dresden und Magdeburg sei immer wieder die Frage gestellt worden, wie man überhaupt an die internationalen Topspitzenkräfte in Deutschland kommen solle. Ressentiments und ein unfreundliches Klima gegenüber internationalen Fachkräften stehen dieser Frage entgegen. Dieses Klima und diese Ressentiments seien besonders durch die Agitation der AfD-Fraktion entstanden, weshalb man über den Antrag besonders verwundert sei.

Die CDU/CSU-Fraktion macht deutlich, dass Deutschland technologisch nicht mithalten können, wenn internationale Spitzenfachkräfte nicht zu bekommen seien. Man könne stolz auf alle internationalen Fachkräfte sein, die bei der Max-Planck-Gesellschaft in Deutschland arbeiten. Es sei wichtig, in den internationalen Wettbewerb um die besten Talente einzusteigen. Das von der AfD-Fraktion verursachte Klima, stehe dem jedoch entgegen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schließt sich den Ausführungen der CDU/CSU-Fraktion an. Der Antrag der AfD-Fraktion ignoriere die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund und Ländern und vermische wesentliche Inhalte, wie den Schulunterricht, die Studiengangelandschaft und die Projektfinanzierung. Ebenso verwundert sei man, dass die AfD-Fraktion Fachkräfte aus dem Ausland anwerben wolle.

In der vergangenen Debatte zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz habe sich die AfD-Fraktion mit ihren Aussagen nicht von der besten Seite gezeigt. Umso verwunderter sei man, dass die AfD-Fraktion nun Fachkräfte aus dem Ausland anwerben wolle. Sie führt weiter aus, dass der Antrag die strukturellen Probleme, die der Umzug in ein anderes Land mit sich brächte, wie die Zukunftsaussichten der mitgebrachten Familie nicht beleuchte. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert weiter, dass der Antrag auch zu den inhaltlichen Themen der Fusionsforschung und Fusionsenergie Schwächen aufweise. Mithin werde nicht deutlich, was die AfD-Fraktion überhaupt wolle, weshalb man auf den Projektplan der Bundesregierung zur Fusionsenergie verweise.

Die **Gruppe Die Linke** erklärt, sie sei verwundert darüber, dass im Antrag stehe, dass Studienanfänger im Ausland gezielt mit attraktiven Stipendien angeworben werden sollen, um diese nach Studienabschluss für mindestens fünf Jahre daran zu binden, in deutschen Forschungseinrichtungen tätig zu sein. Dies passe insbesondere nicht mit den jüngsten Aktivitäten der Jugendorganisation der AfD zusammen. Insbesondere könne man internationale Fachkräfte nicht in die Kategorien „gut“ und „böse“ einteilen.

Die Gruppe führt aus, man müsse unbedingt beibehalten, dass der Forschungsbereich in Hochschulen und beruflichen Ausbildungsgängen weiter vorangetrieben werde. Auch an Orten, an denen Unternehmen nicht in den Wettbewerb der Fusionstechnologie eintreten.

Die **FDP-Fraktion** erläutert, dass bereits viel zur Qualität und Logik des Antrags gesagt worden sei. Auch sie sei darüber verwundert, dass der Antrag die Zuständigkeiten von Bund und Ländern scheinbar nicht berücksichtige. Der Antrag zeige, dass die AfD-Fraktion in Richtung einer Zentralverwaltung gehen wolle und der Staat die Studienthemen an den Universitäten vorgeben solle. Dies führe dazu, dass die Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt werde. Sie kritisiert zudem, dass der Antrag nahelegt, man solle nur dann internationale Studierende anwerben, wenn dies für Deutschland in der derzeitigen Situation praktisch sei.

Die Fraktion rät der AfD-Fraktion, Hochschulen zu besuchen und die jungen Menschen zu fragen, warum mit dem Studium in Deutschland gezögert werde. Es lege am gesellschaftlichen Klima und nicht an den Rahmenbedingungen und der Infrastruktur an den Hochschulen. In der Wissenschaftsgemeinschaft höre man, dass es insbesondere an den Universitäten in Ostdeutschland Fremdenfeindlichkeit gebe. Dies sei nicht das Klima, mit dem man Internationalisierung vorantreibe, weshalb man den Antrag ablehnen müsse.

Die Gruppe BSW verweist auf die Ausführungen, die man im Zusammenhang zum Antrag der Union zur Kernfusion und deren Erforschung genannt habe. Sie fügt hinzu, statt bei der Finanzierung der Hochschulen verhältnismäßig viele Ressourcen in die Errichtung von Lehrstühlen zu geben, sei es sinnvoller, bestehende Energietechnologien zu fördern.

nologien umweltfreundlicher und ressourcenschonender zu gestalten und die Forschung zu erneuerbaren Energien zu stärken.

Zuletzt überrasche die Forderung, Spitzenforscher übergangsweise nach Deutschland zu bringen nicht. Die Forderung bewerte man als Nützlichkeitsrassismus und sei bei vielen rechten Parteien vertreten. Der Antrag zeige somit, wofür die AfD-Fraktion inhaltlich stehe.

Berlin, den 25. September 2024

**Holger Mann**  
Berichtersteller

**Thomas Jarzombek**  
Berichtersteller

**Laura Kraft**  
Berichterstellerin

**Dr. Stephan Seiter**  
Berichtersteller

**Dr. Michael Kaufmann**  
Berichtersteller

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstellerin

**Ali Al-Dailami**  
Berichtersteller

